

Bürgergespräch mit Landrat Udo Witschas am 12.03.2026 im Ortsteil Burgneudorf der Gemeinde Spreetal (Region Hoyerswerda). Eine Zusammenfassung

Beim Bürgergespräch „Auf ein Wort“ von Landrat Udo Witschas am Donnerstag, dem 12.03.2026 in Spreetal wurden Themen besprochen, die die Einwohnerinnen und Einwohner der Region Hoyerswerda bewegen. An der Veranstaltung im Speisesaal der Grundschule im Ortsteil Burgneudorf nahmen mehr als 50 Gäste teil, um mit Landrat Udo Witschas, den Beigeordneten sowie den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden ins Gespräch zu kommen.

Das waren die Themen

Altlasten- und Geruchsproblematik „Blaue Donau“ / Gartenstadt Lauta

Ein Bürger sprach die seit Jahren bekannte Belastung rund um die „Blaue Donau“ in Lauta an. Er verwies auf Anfragen und Beschwerden bis hin zum Petitionsausschuss und zur Landesebene und fragte, warum trotz langer Debatten und angekündigter Mittel bislang wenig passiert und wer denn nun verantwortlich sei.

Der Lautauer Bürgermeister Frank Lehmann bezeichnete die Situation ebenfalls als unbefriedigend. Er bestätigte, dass es vielfach Zusagen gegeben habe, doch nun brauche es endlich den Start der Arbeiten. Er berichtete zudem, er habe dazu aktuell erneut Gespräche geführt. Der zuständige Staatsminister habe einen zeitnahen Vor-Ort-Termin zugesagt. Auch der Landkreis sei als Genehmigungsbehörde mache Druck, dass es vorangeht.

Die Beigeordnete des Landkreises Bautzen Dr. Romy Reinisch erklärte, das Thema beschäftige sie selbst seit rund drei Jahren. Bereits mit der alten sächsischen Landesregierung habe es regelmäßige Termine dazu gegeben. Diese seien auch nach dem Regierungswechsel in Dresden fortgeführt worden. Sie habe den zuständigen Minister erneut angeschrieben, die Problemlage dargestellt und nach Lauta eingeladen, um sich die Auswirkungen vor Ort gemeinsam anzusehen. Ziel sei, kurzfristig die Geruchsbelastung zu minimieren und zugleich die Sanierung voranzubringen. Die Verantwortung und Finanzierung liege beim Freistaat, der Landkreis dränge weiter auf Fortschritte und unterstütze auch bei Kontaktaufnahmen zu wissenschaftlichen Partnern.

Straßenbau, Sperrungen, Umleitungen (B96/B97, Spreestraße, S108/K9219)

Mehrere Bürgerinnen und Bürger sprachen die Straßenlage in der Region an, vom Zustand einzelner Strecken über Umleitungen bis hin zu Zeitplänen und Zuständigkeiten für geplante Projekte wie die Sanierung der Spreestraße oder der B97.

Ein zentrales Thema war die Spreestraße als wichtige Verbindung der Industriegebiete in Schwarze Pumpe und Spremberg, und als maßgeblicher Punkt beim Thema Erschließung und regionale Entwicklung. Landrat Witschas betonte die Bedeutung der Strecke und erklärte, dass aus seiner Sicht eine Einstufung als Staatsstraße notwendig sei, damit auch der Freistaat zuständig wird. Beigeordnete Dr. Reinisch ergänzte, dass der Planfeststellungsbeschluss bereits vorliege, er jedoch beklagt worden sei. Es gebe erste Erörterungen und Ende April seien die Verhandlungen bei Gericht terminiert. Man hoffe 2026 auf einen Abschluss des Verfahrens, erst danach könne die weitere Planung konkret werden.

Sehr deutlich wurde auch die Sorge rund um B97 und absehbare Sperrungen bzw. Einschränkungen des geotechnisch gefährdeten Teilstücks. Die Beigeordnete verwies auf die Gefahren durch den instabilen Untergrund. Die LMBV bereite bereits Testfelder zur Verdichtung vor, jedoch bleibe der Zeithorizont lang und ein Start der fünf bis zehn Jahre dauernden Arbeiten sei frühestens Anfang der 2030er Jahre realistisch. Landrat Witschas machte klar: Das werde den Alltag spürbar verändern, das könne und wolle man an dieser Stelle auch nicht schönreden.

Mehrere Fragen und Hinweise der Gäste bezogen sich auf Umleitungsverkehre, Belastungen in Ortslagen und den Zustand von Ausweichstrecken. Offizielle Umleitungen sollen über Staats- und Bundesstraßen geführt werden. Die Kreisstraßen in Gemeinden seien dafür nicht vorgesehen. Beigeordnete Dr. Reinisch kündigte an, dazu weiter mit dem Landesamt für Straßen und Verkehr (LaSuV) sowie mit der Polizei im Austausch zu bleiben, insbesondere mit Blick auf den Schwerlastverkehr. Gleichzeitig wurde betont, dass Lösungen für Anwohner, Rettungsdienste und Alltagswege mitgedacht werden müssen. Ein Ortsvorsteher aus Spreetal machte anhand einer Rechnung deutlich, welche monetäre Mehrbelastung lange Umwege für die Einwohner vor Ort über Jahre bedeuten können. Dr. Reinisch sagte zu, dass die Varianten noch nicht abschließend seien und man vor Ort nochmals konkret prüfe, welche Maßnahmen an welchen Strecken nötig sind.

Neben Bundes- und Staatsstraßen wurden auch Kreis- und Nebenstrecken angesprochen (u. a. S108 und K9219, Strecke am Silbersee). Thomas Leberecht, Bürgermeister von Lohsa, skizzierte laufende und geplante Bauabschnitte. Der Landrat betonte, dass man noch verfügbar Gelder unbedingt nutzen sollte, solange es möglich ist. Auch wenn das vorübergehend zusätzliche Einschränkungen mit sich bringe.

Radwege und sichere Verbindungen

Ein Bürger aus Burgneudorf fragte nach einem begleitenden Radweg an der S108 und nach der fehlenden Radverbindung zwischen Spreetal und Burgneudorf bzw. Richtung Schwarze Pumpe.

Beigeordnete Dr. Reinisch sagte zu, das Thema zu prüfen. Der Bau eines Radweges sei oft so aufwendig und langwierig wie der Bau einer Straße, da neben der Planung, Genehmigungsverfahren, Beteiligungen auch der notwendige Grunderwerb erfolgen müsste. Eine schnelle Lösung könne sie nicht zusagen, aber sie werde prüfen lassen, ob Alternativen möglich sind.

Mehrere Bürger aus Lohsa und Elsterheide griffen ebenfalls die Radwegverbindungen auf, etwa aus Richtung Lippen und als Verbindung ins Seenland. Landrat Witschas sagte offen, man werde nicht zu jedem Ort mehrere Zuwege schaffen können, hielt aber grundsätzlich die Verbindungen zwischen den Seen für sinnvoll. Bürgermeister Leberecht berichtete zum Stand von Bauabschnitten an der S108 und zu laufenden Gesprächen mit der LMBV. Gleichzeitig müsse zur Zeit einer Sperrung der B97 die Umleitung funktionstüchtig sein.

Der ehemalige Spreetaler Bürgermeister Manfred Heine machte deutlich, dass die Region touristisch an Bedeutung zunehme, aber Radverbindungen ins Seenland aus seiner Sicht unzureichend seien. Landrat Witschas sprach sich dafür aus, dass bei Einschränkungen durch bergbautechnische Sperrungen ein Ausgleich geschaffen werden müsse, und kündigte an, dazu Gespräche mit den Verantwortlichen zu führen.

Landwirtschaftliche Erreichbarkeit und Brücken

Ein Bürger aus der Elsterheide schilderte Probleme, landwirtschaftliche Flächen und einen Stall zu erreichen, weil Brücken lastbeschränkt und Umwege mit großen Gefährten kaum praktikabel seien. Der Bürgermeister von Spreetal Marco Beer verwies auf Konflikte zwischen Radweg- und Landwirtschaftsnutzung wie Engstellen und Begegnungsverkehr und warf die Frage auf, welche Brücken nach Realisierung der Spreestraße denn noch benötigt würden.

Landrat Witschas betonte die Notwendigkeit einer Übergangslösung, damit der Zugang gesichert bleibt. Er bat die Beigeordnete Dr. Reinisch, gemeinsam mit Gemeinde und Fachämtern eine Lösung zu erarbeiten.

Bahnverkehr und mögliche Verbindungen

Ein Bürger aus Hoyerswerda regte an, bei Sperrungen und Verkehrsproblemen auch über bessere Zugverbindungen nachzudenken, auch in Hinblick aufs Seenland.

Landrat Witschas ordnete ein, dass Schienenprojekte stark von Bundes- und Landesmitteln abhängen. Es gebe laufende Bemühungen, neue Bewertungszahlen zu erheben, weil alte Berechnungen die aktuelle Entwicklung wie Ansiedlungen von

Unternehmen oder der Bundeswehr sowie Strukturwandel nicht abbilden. Für die Region seien u. a. die Verbindung Hoyerswerda–Hosena und die Anbindung im Bezug aufs Seenland wichtig.

Aufforstung und Waldumwandlung nach Leitungsbau: Ausgleichsmaßnahmen und Zuständigkeit

Ein Bürger aus Spreewitz sprach zwei Punkte an: Zum einen wollte er eine konkrete Aussage, wann die Spreestraße nun endlich saniert würde. Zum anderen schilderte er einen Konflikt im Zusammenhang mit einer Gasleitung, für die sein Wald genutzt bzw. Flächen in Anspruch genommen wurden. Im Vertrag sei eine Ersatzpflanzung zugesagt worden. Er verwies auf einen Termin im Landratsamt und kritisierte, dass nun keine Bäume gepflanzt werden dürfte, da ein Biotop festgestellt worden sei.

Landrat Witschas erklärte zur Straßenfrage, dass man keine verbindlichen Termine versprechen könne, höchstens eine ungefähre schriftliche Auskunft.

Beigeordnete Dr. Reinisch äußerte sich zur Frage der Baumpflanzungen: Die Angelegenheit sei aus ihrer Sicht bereits intensiv mit dem Fragesteller beraten worden. Es habe mehrere Lösungsvorschläge gegeben, aus denen der Betroffene wählen können. Sie verwies darauf, dass bestimmte Flächen, insbesondere der Bereich über der Trasse, nicht bepflanzt werden dürfe. Im Randbereich sei dies nur begrenzt möglich gewesen und wurde auch getan. Nun habe man auf Hinweis des Unternehmens vor Ort festgestellt, dass sich aufgrund fehlender Pflege ein Biotop entwickelt habe. Aber auch dazu habe man sich intensiv beim Gespräch ausgetauscht und gemeinsam mit dem Umwelt- und Forstamt Lösungen gefunden. Aus Sicht der Verwaltung sei das Thema damit fachlich geklärt.

Lausitzer Seenland: Zuständigkeiten, Tourismus und Infrastruktur

Ein Bürger aus der Elsterheide kritisierte aus seiner Sicht „ziellose“ Strukturen bei Entwicklung des Seenlandes und fragte nach klaren Ergebnissen. Er sprach außerdem konkrete Punkte an, etwa den aus seiner Sicht unnötigen dritten Strandabschnitt am Geierswalder See und wollte wissen, wer die Funktionstüchtigkeit von Schleusenanlagen verantworte.

Landrat Witschas betonte, Entscheidungen vor Ort, etwa die Frage nach einem dritten Strand, lägen bei den Gemeinden. Das sei kommunale Selbstverwaltung. Gleichzeitig verwies er auf positive Kennzahlen und die Entwicklung des Tourismus. Wichtig sei, zusätzliche Anlässe und Veranstaltungen zu schaffen, um Gäste zu binden und deren Verweildauer zu erhöhen. Ein übergreifendes Ziel sei zudem, das Lausitzer Revier insgesamt lebenswerter zu machen – nicht nur für Urlaub, sondern auch fürs Bleiben und Zuziehen.

Windenergie

Eine Bürgerin sprach ihre Ablehnung gegenüber Windenergie aus und fragte nach der Meinung des Landrates zu diesem Thema. Landrat Witschas erklärte, es gebe gesetzliche Vorgaben, die der Landkreis nicht ignorieren könne. Persönlich halte er Windenergie in Teilen für landschaftlich belastend, Entscheidungen lägen jedoch bei den Gesetzgebern. Er könne die Anliegen grundsätzlich politisch adressieren, aber nicht „am Recht vorbei“ entscheiden.

Bungalows nach DDR-Baurecht und umgelegte Kosten für einen B-Plan

Ein Bürger fragte zu einem Bungalow im Ortsteil Burg, der seit DDR-Zeiten bestehe. Er kritisierte, dass die Gemeinde ein Gutachten beauftrage und die Betroffenen dann die Kosten tragen sollen.

Spreetals Bürgermeister Marco Beer erläuterte, dass es um einen Bebauungsplan gehe. Die betroffenen Grundstücke lägen aktuell rechtlich im Außenbereich. Um keinen Rückbau fordern zu müssen, denn formal seien es Garten- und keine Wohngrundstücke, sei ein solcher Plan die Lösung. Die Kosten dafür könne die Gemeinde natürlich nicht selbst tragen, diese müssten auf alle Beteiligten umgelegt werden. Aus diesem Gespräch sei man einig hervorgegangen. Beigeordnete Dr. Reinisch ergänzte, Ziel sei eine rechtliche Absicherung, damit niemand sein Gebautes abreißen müsse und Eigentum auch wieder veräußerbar wird.

Fazit und Ausblick

Das Bürgergespräch war geprägt von unterschiedlichen Sichtweisen – teils auch emotional, weil viele Anliegen den Alltag unmittelbar betreffen. Landrat Witschas betonte, dass nicht jedes Problem sofort gelöst werden könne und manche Punkte von Entscheidungen Dritter wie Gerichte, Freistaat, Bund oder bergrechtliche Behörden abhängen. Gleichzeitig wolle der Landkreis dort, wo möglich, moderieren, nachfassen und informieren, insbesondere bei den großen Infrastrukturthemen, die die Region über Jahre beschäftigen werden.

Impressum

Diese Information wurde erstellt durch das Büro des Landrates

Postanschrift: Landratsamt Bautzen, Bahnhofstraße 9, 02625 Bautzen

Telefon: 03591 5251-80100

landrat@lra-bautzen.de

<https://www.landkreis-bautzen.de/landratsamt/organisation/buero-des-landrates>